

Marktwirtschaft.



Zeichnung: Heiko Sakurai

02 Nach der Wahl ist vor der Wahl
Editorial von Bernd Raffelhüschen

03 Weckruf für die deutsche Wirtschaftspolitik
Kronberger Kreis erstellt Aufgabenheft
für die neue Bundesregierung

04 Demographie als Herausforderung
für die Demokratie
Plädoyer für mehr politische Teilhabe

05 Berliner Gespräche zum Finanzplatz
mit Staatssekretär Michael Meister

06 Ist Urheberrecht noch zeitgemäß?
Studie zum Copyright im digitalen Zeitalter

07 Bedingungsloses Grundeinkommen keine Lösung
Gefahren überwiegen den „Charme“ des Ansatzes

08 Zu guter Letzt
Neuer Webauftritt der Stiftung

Nach der Wahl ist vor der Wahl oder Zeit zum Umdenken

Editorial von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft



Eigentlich ist es ein ziemlich abgedroschener Spruch, aber er trifft auf den Abbruch der Sondierungsgespräche zur Jamaika-Koalition wirklich zu: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Natürlich ist die Suche nach dem Schuldigen schnell beendet: Wer geht, hat Schuld und wer bleibt, ist unschuldig. Aber ist es wirklich so einfach? Und was kommt jetzt? Da wird man schnell fündig: Einige Monate abwarten und dann die Neuauflage der zumindest temporär grundsätzlich ausgeschlossenen Großen Koalition. Und der im Februar/März 2018 zu erwartende Koalitionsvertrag dürfte die Einlösung von so manchem teuren Wahlversprechen mit sich bringen. Kompromiss heißt in diesem Fall: Wenn der eine etwas bekommt, was der andere nicht will, dann bekommt halt der andere im Gegenzug das, was der eine auch schon nicht wollte. Und bei beidem dürfte es sich – nicht zuletzt angesichts der Erfahrungen 2013 – eher um teure Geschenke als um wegweisende Strukturreformen handeln. Dabei ist es angesichts des sich abzeichnenden fiskalischen Flaschenhalses in 2020+ Zeit für ein echtes Umdenken.

Das notwendige Umdenken für eine „Agenda 2030“ liegt in einem wirklichen Paradigmenwechsel, der zugleich auch eine Rückbesinnung auf solide finanzpolitische Grundprinzipien darstellt. Erstes Beispiel: Auch bei Neuauflage werden wir weiter von einer Schuldenbegrenzung auf das Notwendigste hören. Und vielleicht wird bei fortgesetzt guter Konjunktur die Schuldenquote sogar abgebaut. Aber geht die Politik in die richtige Richtung, wenn sie die Neuverschuldung im günstigsten Fall auf null zurückführt oder mindestens weniger stark wachsen lässt, als es das Wirtschaftswachstum ohne eigenes Zutun von selbst macht? Richtiges Handeln läge darin, in solch guten konjunkturellen Zeiten Rücklagen zu bilden, sprich Schulden zurückzufahren. Bayern und Baden-Württemberg schaffen dies, alle anderen nicht. Zu

Letzteren gehört auch der laufende Bundeshaushalt, und es steht zu befürchten, dass die künftigen GroKo-Bundeshaushalte ohne den Einfluss von Finanzminister a.D. Schäuble eher schlechter aussehen. Er zumindest schätzte noch das Grundprinzip des materiellen Haushaltsausgleichs.

Zweites Beispiel: Fast ein Drittel jedes in Deutschland verdienten Euros wird in Sozialleistungen und Transfers gesteckt. In den 1960er Jahren war dies noch ein Fünftel. Zuletzt erfolgte eine Abnahme der Wachstumsgeschwindigkeit der Sozialausgabenlasten. Trotz guter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen steigen sie allerdings weiter, nur weniger stark als das BIP. Ob es angesichts der Forderungen nach Solidarrenten durch die SPD oder Mütterrenten durch die CSU gelingt, den Anstieg des Sozialstaates weiterhin zu dämpfen, bleibt äußerst fraglich. Fakt ist aber, dass wir uns den Sozialstaat von heute auf Dauer nicht leisten können. Folglich reicht es nicht, die Fehler zu minimieren und das Wachstum des Sozialstaates zu bremsen. Die Sozialausgaben müssen so zurückgefahren werden, dass wir eine Quote erreichen, die auch in normalen oder gar schlechten konjunkturellen Jahren ohne neue Schuldenaufnahme finanzierbar ist. Hierzu könnte man auf unser sozialpolitisches Grundprinzip verweisen: Jeder Mensch kann etwas und das, was er kann, fordert die Gemeinschaft auch ein. Im Gegenzug hilft die Solidargemeinschaft, wenn es dann nicht reicht. Will heißen: Aktivierende Sozialpolitik statt leistungsloses Grundeinkommen, Lebensleistungsprinzip in der Rente statt Grundsicherung ohne Bedürftigkeitsprüfung, Sachleistung an die Armen statt monetäre Aufstockung der Schwarzarbeit

Schlimmeres zu verhindern heißt nicht, dass man es richtig macht, sondern nur, dass es noch schlechter hätte kommen können. Vielleicht aber würde ein hoffnungslos überschuldeter Sozialstaat, der allein den Alten und Armen reichlich verspricht und den jungen Erwerbstätigen Sand in die Augen streut, aus einem Schrecken ohne Ende sehr schnell ein Ende mit Schrecken machen?

IMPRESSUM

Dr. Susanna Hübner
(V.i.S.d.P.)

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstr. 60, 10117 Berlin
www.stiftung-marktwirtschaft.de

ISSN: 1612-9725

Fotos: Kay Herschelmann

Kronberger Kreis formuliert Weckruf für die deutsche Wirtschaftspolitik

Aufgabenheft für die neue Bundesregierung fordert innovationsoffenen Ordnungsrahmen

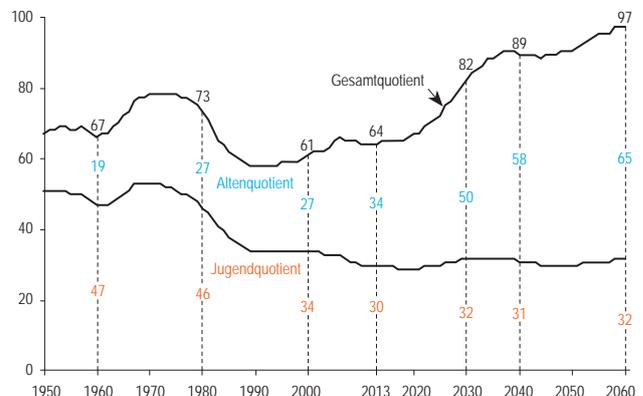
Die deutsche Wirtschaft eilt von Rekord zu Rekord: Die Zahl der Erwerbstätigen ist mit über 44 Millionen Menschen so hoch wie nie zuvor. In vielen Regionen herrscht nahezu Vollbeschäftigung. Steigende Löhne, geringe Inflation und niedrige Zinsen schieben den privaten Konsum kräftig an und sorgen im Staatshaushalt für beträchtliche Überschüsse. Auch der Außenhandel übertrifft jahrzehntelange Höchststände. „Made in Germany“ ist an den Weltmärkten gefragt.

Der anhaltende Konjunkturaufschwung verstellt in Deutschland jedoch den Blick auf drängende Herausforderungen, wie der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, in seinem „Weckruf für die deutsche Wirtschaftspolitik“ analysiert. Die Politik scheint sich in trügerischer Sicherheit zu wiegen und dabei wichtige wirtschaftspolitische Weichenstellungen zu verschlafen. Statt sich populistische Verteilungsdebatten zu leisten, sollte Deutschland Reformmut beweisen. Denn die Herausforderungen für die kommende Bundesregierung sind enorm: Digitalisierung, demographischer Wandel, Migration und die Zukunft der Eurozone sind nur einige Aufgaben, die konsequent angegangen werden sollten.

Der Kronberger Kreis schlägt daher vor, in der kommenden Legislaturperiode eine Digitalisierungskommission einzurichten, die eine systematische Gesamtbetrachtung der relevanten Rechtsbereiche vornimmt und Änderungsbedarfe identifiziert, die in eine digitale Reformagenda münden. Nach Vorbild der Deregulierungskommission der 1990er Jahre sollten innovationsfeindliche Regulierungen abgeschafft und Liberalisierungsimpulse gesetzt werden. Überdies sollte angesichts der raschen Alterung der deutschen

Bevölkerung – insbesondere zwischen 2020 und 2035 (vgl. Abbildung) – über eine weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters nachgedacht werden. Dieses sollte an die Entwicklung der Lebenserwartung gekoppelt werden, um das Rentensystem nachhaltig zu finanzieren. Darüber hinaus schlägt der Kronberger Kreis vor, dass sich die Finanzpolitik stärker mit der Einnahmeseite befassen und insbesondere den mittleren Einkommensbereich und die

Entwicklung der Altersstruktur in Deutschland



Jugendquotient: unter 20-Jährige je 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren;
Altenquotient: 65-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren;
Gesamtquotient: unter 20-Jährige und ab 65-Jährige je 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2015).

Unternehmen steuerlich entlasten sollte. Verbunden mit der Abschaffung des Solidaritätszuschlags würde eine solche Tarifreform Arbeitsangebotsanreize deutlich verbessern. Zudem könnte eine Zinsbereinigung des Grundkapitals den deutschen Wirtschaftsstandort im internationalen Steuerwettbewerb attraktiver erscheinen lassen. Um die Attraktivität Europas zu steigern, vertraut der Kronberger Kreis auf mehr Marktdisziplin und das Haftungsprinzip. Nur so könne auf eine weitere Stabilisierung der EU hingewirkt werden.

Frankfurter Allgemeine
SONNTAGSZEITUNG

Inhalte der Studie hat der Kronberger Kreis am Sonntag vor der Bundestagswahl in seinem Gastbeitrag „Deutschland döst“ in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* der Öffentlichkeit vorgestellt. Erneuert wurde der Appell darüber hinaus durch den Beitrag „Die Zukunft nicht verschlafen“ im Blog **Markt-Ruf** der Stiftung Marktwirtschaft im Nachklang an die gescheiterten „Jamaika“-Sondierungsgespräche.



Weckruf für die deutsche Wirtschaftspolitik

Band 64

Kronberger Kreis
 Lars P. Feld, Clemens Fuest,
 Justus Haucap, Heike Schweitzer,
 Volker Wieland, Berthold U. Wigger

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
 ISBN: 3-89015-124-8

Die neue Studie des Kronberger Kreises finden Sie auf unserer Homepage: www.kronberger-kreis.de

Demographie als Herausforderung für die Demokratie

Für mehr politische Teilhabe und intergenerativen Dialog

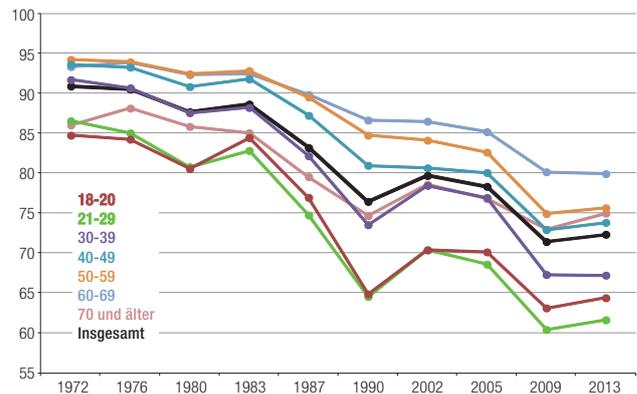
Deutschland geht es ausgesprochen gut. Insbesondere der Staat profitiert von einer günstigen Konjunktur, Niedrigzinsen und einer „demographischen Atempause“ mit Baby-Boomern auf dem Höhepunkt ihres Schaffens. Selbst wenn Konjunktur und Niedrigzinsen auf ihrem jeweiligen Niveau bleiben, steht den Haushalten in Bund und Ländern jedoch ein Engpass in Form eines Flaschenhalses ab 2020 bevor: Dieser entsteht durch Lasten der Vergangenheit und neue, teure Beschlüsse der Großen Koalition 2013 bis 2017, die als implizite, versteckte Schulden in die Zukunft getragen und kommende Generationen über Gebühr belasten werden. Von fiskalischer Nachhaltigkeit ist Deutschland weiter entfernt als es „schwarze Nullen“ vermuten lassen. Als wenn das nicht genug wäre, wurde im Wahlkampf mit erneuten Rentenversprechen noch eine Kostenstelle obendrauf gesetzt – ein wiederkehrendes Muster: Die Mutter aller Rentenkampagnen 2013 ist noch in guter Erinnerung.

Deutschland ist in einem weltweiten Vergleich ein in besonderem Maß alterndes Land. Die dank der Baby-Boomer noch zu beobachtende demographische Schonzeit läuft zudem unausweichlich aus. Wenn sich diese Generation zur Ruhe setzt, wird dies nicht nur erhebliche Folgen für die sozialen Sicherungssysteme und öffentlichen Haushalte haben, sondern weit darüber hinaus für Wirtschaft und Gesellschaft sowie deren Demokratieverständnis.

Die Neigung zur Wahlbeteiligung steigt traditionell mit dem Alter (siehe Abbildung oben rechts): Die eifrigsten Wähler sind die 60- bis 69-Jährigen, die wahlfaulsten Wahlberechtigten die 18- bis 29-Jährigen. Der Trend abnehmender Be-

Wahlbeteiligung nach Altersgruppen

in Prozent der Wahlberechtigten, Bundestagswahlen 1972–2013



1994 und 1998 keine Angaben wegen Aussetzung der Wahlstatistik.

Quellen: Der Bundeswahlleiter (2014, 2015), eigene Berechnungen.

teiligung wirkte sich seit 1983 stärker bei Jüngeren aus, die Differenz im Wahlengagement hat sich annähernd verdoppelt. Spätestens bei der Bundestagswahl 2021 wird mehr als die Hälfte der Wähler (nicht der Wahlberechtigten!) über 55 Jahre alt sein. So wirkt sich die demographische Entwicklung in Kombination mit einer im Alter steigenden Wahlbeteiligung potenziert auf die politische Agenda aus: Das Interesse Älterer gilt mehrheitlich Sicherheit und der Bewahrung des Status quo, während Jüngere eher Chancen statt Risiken sehen. In der Konsequenz dominierten bereits in den vergangenen Jahren konsumtive Politikmaßnahmen, Widerstand gegen Innovationen und neue Infrastrukturprojekte sowie nachlassender „Gründergeist“ das gesellschaftliche Geschehen.

Mit der Publikation „Zeitthemen“ startet die Stiftung Marktwirtschaft eine neue Reihe, in der Grundsatzthemen der (Wirtschafts-)Politik behandelt werden. Die Stiftung wirbt im Rahmen dieses neuen Formats für mehr politische Teilhabe und mehr intergenerativen Dialog, die für den Fortbestand der Demokratie unerlässlich sind. In der ersten Ausgabe geht es unter dem Titel „Demographie als Herausforderung für die Demokratie“ um eine immer älter werdende Gesellschaft und die daraus resultierenden Folgen für Generationengerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Reformwillen in der Politik. Für die Stiftung Marktwirtschaft ist es wichtig, Aufmerksamkeit zu erzeugen, der Neigung zu kurzatmigen politischen Handlungen entgegenzuwirken und für politisches Engagement zu werben. Die Teilnahme an Wahlen sollte die leichteste (Aus-)Übung von Demokratie sein.



Demographie als Herausforderung für die Demokratie

Zeitthemen, Nr. 01

Michael Eilfort

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)

web

Die Studie (Zeitthemen 01) finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Berliner Gespräche zum Finanzplatz

mit Staatssekretär Dr. Michael Meister



Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Michael Meister MdB.

Der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Michael Meister MdB ist am 9. November 2017 auf Einladung der Hessischen Landesregierung und der Stiftung Marktwirtschaft Gast des vierten „Berliner Gesprächs zum Finanzplatz“ gewesen. Schwerpunkt des Gedankenaustausches in der Berliner Vertretung von Hessen war die Diskussion um die Rolle und künftige Bedeutung Deutschlands nach dem Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union neben weiteren aktuellen finanzpolitischen Fragen in diesem Zusammenhang.

Für Staatsministerin Lucia Puttrich MdL ist die Diskussion um den Finanzplatz Frankfurt vor dem Hintergrund des Ausgangs des britischen Referendums, dem sogenannten Brexit, von zentraler Bedeutung. Die Gastgeberin versteht die hessische Metropole mit „Weltflughafen“ nicht nur durch den Sitz von etwa 200 Banken und der Europäischen Zentralbank, sondern auch durch wissenschaftliche Kompetenzzentren wie das renommierte House of Finance als Sitz des stärksten Finanzplatzzentrums Kontinentaleuropas. Das Bundesfinanzministerium hatte vor diesem Hintergrund gemeinsam mit dem Land Hessen für Frankfurt am Main als Sitz der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) geworben – am Ende leider vergeblich.

Mit der Entscheidung des Vereinigten Königreichs, die Europäische Union verlassen zu wollen, sind zahlreiche Konsequenzen verbunden. Die Verhandlungen stehen erst am Beginn, und weit jenseits der Frage der Verlagerung von bisher in Großbritannien ansässigen EU-Agenturen wird man in naher Zukunft über die weitere Entwicklung Europas diskutieren und entscheiden müssen.

Klaus Nitz

29. Oktober 1926 – 1. November 2017



Klaus Nitz hat mit klarem Blick und großer Tatkraft über zwei Jahrzehnte als Mitglied des Stiftungsrats der Stiftung Marktwirtschaft unser Wirken geprägt und die Brücke zur von ihm mitbegründeten informedia-Stiftung gebaut. Beide Stiftungen setzten und setzen sich weiter in seinem Sinne für unser Land und dessen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ein. Freiheit und Verantwortung als deren wesentliche Grundlagen lebte und verband er beispielhaft – als Patron im besten Sinne sowie in seinem karitativen und gesellschaftlichen Engagement. Die Erfahrungen von Krieg und Gefangenschaft veranlassten ihn, besonders beherzt bei Aufbau und Gestaltung von Demokratie und Wirtschaft anzupacken.

Als Ingenieur hat er mit seiner innovativen Entwicklung des Doppeldrahts einen weltweiten Fortschritt bei der Textilherstellung angestoßen. Den erfolgreichen Familienunternehmer zeichnete zudem eine starke Verbundenheit mit seinen Mitarbeitern aus. Klaus Nitz verkörperte damit geradezu Stärken unserer Sozialen Marktwirtschaft. Wort und Tat, Person und Mission deckten sich. Sein Bekenntnis zu zeitlos gültigen Verhaltensmaximen, sein Werben für regelgeleitetes Handeln und wirtschaftliche Vernunft waren dabei nie Selbstzweck – als Unternehmer mit Herz und Wohltäter mit Verstand standen für ihn die Menschen an erster Stelle. Für seine Werte und Ideen trat er mit großer Ernsthaftigkeit ein, aber nicht ernst auf. Seine ansteckende Kraft und niederrheinische Fröhlichkeit sowie sein Humor bleiben gegenwärtig, seine Haltung und sein Wirken uns Vorbild und Verpflichtung.

Ist Urheberrecht noch zeitgemäß?

Studie untersucht ordnungspolitische Anforderungen an Eigentumsrechte im digitalen Zeitalter

Eins, zwei, keins? Oder alles meins? Die Frage nach dem Eigentumsrecht ist nicht unbedeutend – sowohl aus privater als auch aus unternehmerischer Sicht. In der analogen Welt hat es in diesem Zusammenhang bereits diverse Kontroversen gegeben. Seit der Digitalisierung stellen sich im Umgang mit „Geistigem Eigentum“ jedoch viele Fragen gänzlich neu, insbesondere im Urheberrecht als Teilbereich der Eigentumsrechte. In dem Begriff „Geistiges Eigentum“ liegt eine erhebliche wirtschaftsverfassungsrechtliche Dimension. Ausschließliche Nutzungsrechte sind die wirtschaftliche Grundlage für die Monetarisierung kreativer Arbeit. Eigentumsrechte stellen aber nicht nur Nutzungsrechte für den Rechteinhaber dar. Sie bedeuten zugleich auch Ausschluss- bzw. Monopolrechte gegenüber Dritten.

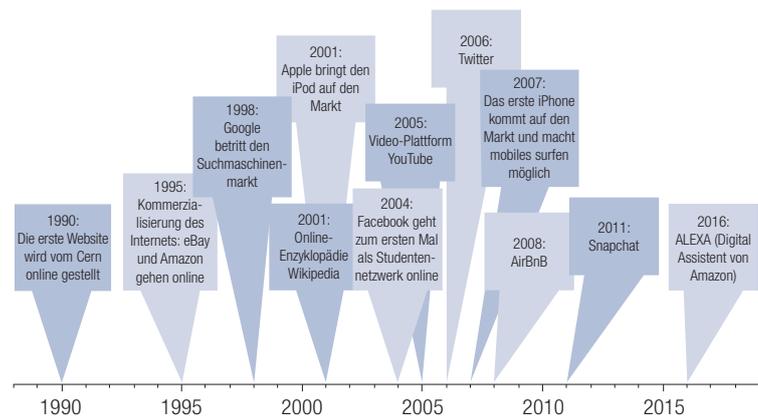
Ist Urheberrecht noch zeitgemäß, lautet daher die Frage, der sich Autorin Dr. Susanna Hübner aus ordnungspolitischer Perspektive stellt. Urheberrecht gilt unter den Eigentumsrechten als ein bedeutender Tragpfeiler des Wirtschaftssystems. Es schützt in erster Linie persönliche geistige Schöpfungen. Doch technische Revolutionen ändern die Volkswirtschaft insgesamt und schließlich auch die Gesellschaft in der Regel fundamental. Im Zuge der ihnen häufig auf dem Fuß folgenden Marktberingung können sie zudem schmerzhaft Anpassungen zur Folge haben und die Ökonomie im Rahmen der Rechtklärung vor grundsätzlich neue Fragen stellen.

Im Rahmen der vierten industriellen Revolution ist dieser herausfordernde Übergang, die digitale Transformation, insbesondere im Bereich Medien sehr früh in Erscheinung getreten und nach wie vor im Gange. Die Frage nach dem Urheberrecht ist dabei schnell in den Fokus von Juristen und diversen Interessengruppen geraten. Fehlender

Kopierschutz und kinderleichte Reproduzierbarkeit steuern das Ihre dazu bei. Die Spannweite an Positionen reicht von Gratskultur und Copyleft über eine Kultur-Flatrate bis zu einem rigoros regulierten Eigentumsschutz. Oder aber soll jeder selbst entscheiden, wie er oder sie es mit dem Schutz der eigenen Schöpfung hält?

Für die Wirtschaft und nahestehende Interessenvertretungen steht fest, dass für den Standort Deutschland der Schutz Geistigen Eigentums von erheblicher Bedeutung ist – schließlich beruht der Erfolg der deutschen Wirtschaft auf der Pionierstätigkeit von Unternehmerpersönlichkeiten und ihren Innovationen, bestenfalls in Form von Innovations-sprünge. Die Digitalisierung fungiert dabei als bedeutender Innovationstreiber.

Digitalisierung impliziert Innovationen



Quelle: Eigene Darstellung.

Das Urheberrecht ist mit Kritik aus unterschiedlichen Richtungen konfrontiert. Die Proteste hinsichtlich der Ausgestaltung im Rahmen des Ratifizierungsprozesses des Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommens ACTA haben einen Eindruck vermittelt, wie sensibel die öffentliche Meinung in diesem Zusammenhang heute ist. Die massiven rechtlichen Unsicherheiten (wie Haftungsrisiken), aber auch die fehlende Bereitschaft der Endkonsumenten, für die genutzte Leistung oder Verwertung zu zahlen, können gleichfalls als Bremse der Wirtschaftsentwicklung verstanden werden, auch wenn die Anbieterseite genau diese Vergütung Geistigen „Eigentums“ als Wachstumsmotor der Wirtschaft versteht, da sie zu Kreativität und Innovation erst motiviert. Ein modernes und faires Urheberrecht berücksichtigt diese vermeintlichen Widersprüche und trägt darüber hinaus zur Harmonisierung des Urheberrechtsschutzes bei: Ziel sollte es schließlich sein, das Urheberrecht europaweit zu vereinheitlichen.

Ist Urheberrecht noch zeitgemäß? Copyright im digitalen Zeitalter

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 140

Susanna Hübner

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)

ISSN: 1612 – 7072

web

Die Studie (Argument Nr. 140)
finden Sie in Kürze auf unserer Homepage:
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Bedingungsloses Grundeinkommen ist keine überzeugende Lösung

Gefahren überwiegen den „Charme“ des Ansatzes bei Weitem

In der Gesamtschau geht es Deutschland derzeit ökonomisch ausgesprochen gut. Am eindrucksvollsten zeigt dies der Rückgang der Arbeitslosigkeit, die sich inzwischen auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung befindet. Dass angesichts einer solch günstigen Entwicklung die Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) wieder auflebt, mag vordergründig erstaunen. Schließlich wäre es eine radikale Abkehr von den Grundprinzipien des deutschen Sozialstaats wie Subsidiarität, Orientierung an der Bedürftigkeit oder aktivierenden staatlichen Hilfeleistungen – bei gleichzeitig ungewissem, vermutlich aber fatalem Ausgang. Aber schon der Volksmund weiß: „Ist es dem Esel zu wohl, geht er aufs Eis“.

Darüber hinaus trägt die vermeintliche Heilsbotschaft eines bedingungslosen Grundeinkommens das Ihre dazu bei. Seine Befürworter sind nicht gerade sparsam mit vollmundigen Versprechungen: Endlich ein würdevolles Leben ohne Armut und nie mehr Druck, selbst für sein Einkommen sorgen zu müssen, die Weckung von Kreativität und Innovationskraft durch die Eliminierung von lähmenden Existenzängsten, die sozialpolitische Bewältigung des demographischen Wandels oder ein durchgreifender Abbau der Sozialstaatsbürokratie – all das sind nur einige der zentralen Erwartungen und Hoffnungen, mit denen ein BGE regelmäßig begründet wird.

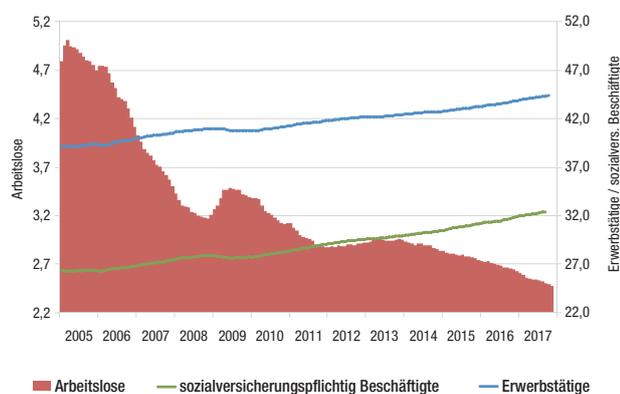
Neuerdings gewinnt ein weiteres Argument an Bedeutung: Die Angst, dass uns aufgrund der Digitalisierung und Automatisierung der Wirtschaft die Arbeit ausgehen werde, sodass Millionen von Menschen in das soziale Nichts fielen. Solche Befürchtungen mögen mit ein Grund dafür sein, dass inzwischen auch einzelne prominente Vorstände von

DAX-Unternehmen die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens zustimmend aufgegriffen haben. Bislang ist auf dem Arbeitsmarkt jedoch nichts vom Ende der Arbeitsgesellschaft zu erkennen (siehe Abbildung) und hat noch jeder Innovationsschub am Ende mehr Wachstum und Arbeit gebracht.

Dass die Zukunft große Herausforderungen bereithält, die mit dem sozialpolitischen Status quo nur schwer zu meistern sein werden, liegt auf der Hand. Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre allerdings ein völlig ungeeigneter Lösungsansatz. Erstens gibt es zentrale Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft auf: An Stelle einer aktivierenden Befähigung der Menschen zur Teilhabe durch das Prinzip „Fördern und Fordern“ gäbe es nur noch ein „Schenken und Vergessen“. Gerade die Ärmsten der Gesellschaft würden durch die Stilllegungsprämie BGE ruhig gestellt, da aktivierende Unterstützungsleistungen ersatzlos entfielen. Für Jugendliche könnte das BGE – im Vergleich zu den Mühen einer Berufsausbildung – eine bequeme und finanziell attraktive soziale Hängematte darstellen – mit fatalen Folgen für ihre Zukunft. Ein staatlich finanziertes „Recht auf Faulheit“ ließe schließlich langfristig eine Erosion der „Arbeitsmoral“ erwarten, was die Akzeptanz eines BGE bei der (noch) arbeitenden Mitte nachhaltig in Frage stellen dürfte.

Zweitens ist seine Finanzierungsfrage vollkommen ungeklärt. Je näher es an einem existenzsichernden Niveau läge, desto teurer und unrealistischer würde es. Umgekehrt dürfte bei einem eher niedrigen Niveau die radikale Streichung aller anderen staatlichen Sozialleistungen und der erhoffte Bürokratieabbau nicht von langer Dauer sein. Es ist also nicht unwahrscheinlich, dass am Ende das neue BGE und ergänzende bedürftigkeitsgeprüfte Sozialleistungen nebeneinander stünden. Gewonnen wäre nichts, im Gegenteil. Und drittens stellen sich ganz praktische Fragen in der realen Welt: Wie will man etwa in einem offenen Europa den Empfängerkreis eines BGE sinnvoll begrenzen, von Zuwanderung aus Drittstaaten ganz abgesehen? Darüber hinaus ist kaum vorstellbar, bezahlbare und allgemein akzeptierte Lösungen für den Übergangsprozess in die neue BGE-Welt zu finden – insbesondere mit Blick auf bereits erworbene Ansprüche in der Rentenversicherung. Das bedingungslose Grundeinkommen bleibt ein unhaltbares Versprechen.

Ungebrochen positive Arbeitsmarktentwicklung seit 2005
in Millionen, saisonbereinigt



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt.

Demnächst mehr dazu auf unserer Homepage:

www.stiftung-marktwirtschaft.de



NEU!
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Mit einem modernen, zeitgemäßen Auftritt präsentiert sich die Stiftung in einem neuen Design mit übersichtlichem Zeilen-Layout. Unter Berücksichtigung der aktuellen Nutzergewohnheiten – wie Scrollen auf der Seite oder dem Wunsch nach Visualisierung – haben wir beispielsweise an geeigneten Stellen automatisierte Slideshows mit dem Angebot einer selbstbestimmten Bilderauswahl eingebaut. Grundidee sowie Motivation für die umfangreiche Erneuerung ist es, verstärkt auf die Gewohnheiten und Neigungen, auf die Intuition, aber auch Bedürfnisse unserer verschiedenen Zielgruppen einzugehen. Deshalb gibt es nun ein zweistufiges Ordnungssystem mit frei wählbaren Kategorien und Schlagwörtern gemäß den Themen der Stiftung. Auf diese Weise wird der Zugang zu den Arbeiten unseres Think-Tanks erleichtert und zum unkomplizierten Stöbern in der „Bibliothek“ der Denkfabrik, das heißt in unseren über 400

Publikationen und zahlreichen weiteren Arbeiten wie Veranstaltungen, Preisverleihungen, Pressegesprächen und vieles mehr, angeregt.

Ein dominanter Trend in der Internetnutzung ist der zunehmende Gebrauch von mobilen Endgeräten wie Smartphones oder Tablets. Deren kleinere Displays erfordern ein responsives Webdesign, das sich den verschiedenen Displaygrößen der mobilen Devices anpasst. Auch unsere Homepage ist fortan damit ausgestattet – ob für Windows, Android oder iOS speziell für iPhones.



Zu guter Letzt

Anstöße für die mittelgroße Koalition

„Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.“
 Molière

„Aller Eigensinn beruht darauf, dass der Wille sich an die Stelle der Erkenntnis gedrängt hat.“
 Arthur Schopenhauer

„Nicht alle Reformen kosten Geld. Und nicht alles, was Geld kostet, ist deshalb schon eine Reform.“
 Helmut Schmidt